

Pedrazzini zieht weitere Gräben

Die VU wollte das Abkommen mit der Schweiz nicht ablehnen, sondern retten. Genauso wie Daniel Oehry (FBP). Wer sich aber weigerte, zuerst seine Hausaufgaben zu machen, ist Mauro Pedrazzini.



In seinem im «Volksblatt» vom Donnerstag veröffentlichten Standpunkt unternimmt FBP-Präsident Thomas Banzer den untauglichen Versuch, der VU-Fraktion die alleinige Schuld an der mit 18 Nein-Stimmen zustande gekommenen Ablehnung des Abkommens mit der Schweiz zum «kleinen Grenzverkehr» im ambulanten Gesundheitsbereich zuzuschreiben. Dabei unterschlägt er, dass es Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini (FBP) nicht einmal gelungen ist, in der eigenen Fraktion eine Mehrheit zu finden. Denn mit Nein gestimmt haben auch die FBP-Abgeordneten Michael Ospelt, Johannes Hasler, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert und sogar Elfried Hasler, der sonst keine Gelegenheit auslässt, seinem Minister im Dauerkrieg mit der Ärztekammer zu Hilfe zu eilen.

Knatsch in der FBP
Wenn nun Thomas Banzer und das «Volksblatt» in seiner Berichterstattung angesichts der zu erwartenden Spannungen mit der Schweiz und des Unmuts der nichtärztlichen Leistungserbringer einseitig auf die VU-Fraktion einprügeln, dann wird so getan, als ob es die fünf FBP-Nein-Sager gar nicht gäbe und nur Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini und die befürwortenden FBP-Abgeordneten die Schützenhilfe des Präsidenten verdient hätten.
Die VU-Fraktion wollte mit ihrem Absetzungs- und Verschiebungsantrag eben gerade vermeiden, dass es so herauskommt, wie es nun herausgekommen ist. Die VU-Fraktion wollte dem Landtag und der Regierung die Chance bieten, zuerst im Inland die Hausaufgaben zu machen und unter Einbindung der liechtensteinischen Leistungserbringer die Strategie in der ambulanten Gesundheitsversorgung zu überdenken,

Aktuelle Abstimmung		
FBP ✓ Daniel Seger ✗ Elfried Hasler ✓ Daniel Oehry ✓ Michael Ospelt ✓ Albert Frick ✗ Johannes Hasler ✓ Susanne Eberle-Strub ✗ Johannes Kaiser ✗ Wendelin Lampert	VU ✗ Mario Wohlwend ✗ Günter Vogt ✗ Christoph Wenaweser ✗ Frank Konrad ✗ Violanda Lanter-Koller ✗ Thomas Vogt ✗ Gunilla Marxer-Kranz ✗ Manfred Kaufmann	du ✗ Herbert Elkuch ✗ Peter Wachter ✓ Jürgen Beck ✓ Harry Quaderer ✓ Ado Vogt Freie Liste ✗ Helen Konzett ✗ Thomas Lageder ✗ Patrick Risch

Auch fünf FBP-Abgeordnete haben das Abkommen abgelehnt: Elfried Hasler, Michael Ospelt, Johannes Hasler, Johannes Kaiser und Wendelin Lampert. **Foto: Günther Fritz**

um das Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt in dieser oder einer adaptierten Form doch noch genehmigen zu können. Diesem Antrag folgte jedoch nur der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser.

Chance für Abkommen vertan
Mit der gleichen Intention stellte gegen Ende der Debatte auch FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry seinen Rückweisungsantrag, als abzusehen war, dass das Abkommen keine Mehrheit finden wird. Interessant wäre es zu wissen, was sich dann in der Beratungspause vor der Abstimmung innerhalb der FBP-Fraktion abgespielt hat. Daniel Oehry konnte in diese Beratungspause jedenfalls die klare Zusage der VU-Fraktion mitnehmen, dass diese seinen Antrag geschlossen unterstützen würde, andernfalls es bei einer Abstimmung aber ein geschlossenes Nein geben würde. Dies weiterhin getreu der seit Tagen bekannten VU-Strategie, dem Abkommen unter Erledigung der Hausaufgaben und unter breiter Abstützung im Land eine Chance zu geben.

Schräg und scheinheilig
Trotz damit verbundener guter Erfolgsaussichten für eine Rückweisung zog Daniel Oehry seinen Antrag zurück, nachdem er in der

anschliessenden Debatte seinen Minister auf Anfrage die Durchsage machen liess, dass er es klar bevorzuge, jetzt abzustimmen.

Es scheint geradezu so, als ob der Gesellschaftsminister das von ihm ausgehandelte Abkommen überhaupt nicht retten wollte. Vor dem Hintergrund, dass sich Landtagspräsident Albert Frick grosse Sorgen um die Beziehungen mit der Schweiz machte, sind der nach der Beratungspause erfolgte Rückzieher von Daniel Oehry und die einseitige Schuldzuweisung an die VU-Fraktion vonseiten der FBP an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Es war nicht die VU, die das Abkommen gekippt hat, sondern der Minister mit «seinen» Abgeordneten selbst. Es hätten am Ende nämlich auch nur drei VU-Abgeordnete gereicht, um das Abkommen abzulehnen.

Stinkefinger seitens der FBP
Den Mittelfinger nach Bern ausgestreckt hat also, um es mit den Worten von Harry Quaderer auf den Punkt zu bringen, der Gesellschaftsminister selber. Neben den zahlreichen Gräben quer durch das liechtensteinische Gesundheitswesen hat Mauro Pedrazzini nun leider auch noch einen Graben zwischen Vaduz und Bern aufgerissen. Die VU-Fraktion und der

FBP-Fraktionssprecher wollten eine Brücke bauen, aber der Herr Minister wollte das Abkommen offenbar lieber versenkt haben.

Ablenkungsmanöver
Erstaunlich ist auch die Entrüstung von Mauro Pedrazzini über die kommunikative Untätigkeit der nichtärztlichen Berufsgruppen im Vorfeld der Landtagsdebatte. Hätte er an der Vernehmlassung nicht nur den Krankenkassenverband (LKV) teilnehmen lassen, sondern alle im ambulanten Gesundheitsbereich tätigen Leistungserbringer, so wäre der Landtag frühzeitig mittels Bericht und Antrag über die unterschiedlichen Sichtweisen der Ärzte und der nichtärztlichen Berufsgruppen informiert gewesen.

Nun zudem die Schuld den mächtigen Lobbyisten zuschieben zu wollen, ist ebenso scheinheilig. Oder will FBP-Präsident Thomas Banzer den fünf FBP-Abgeordneten, die das Abkommen zum grossen Teil stillschweigend «zersägt» haben, unterstellen, sie hätten sich von den Argumenten der Ärztekammer einlullen lassen? Oder hat es Pedrazzini nun auch noch geschafft, einen Graben durch die FBP-Landtagsfraktion zu ziehen? Die Angriffe auf die VU sollen wohl vielmehr von der inneren Krise der FBP ablenken!

Verdreht Erinnerungslücke?

FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry nahm in einer Kleinen Anfrage Bezug auf die auf der «klar.»-Seite vom 2. Dezember gestellte Frage, ob es wahr sei, dass der Antrag auf Lohnerhöhung vom Regierungschef falsch formuliert wurde? Dazu erklärte Regierungschef Adrian Hasler: «Nein, das ist nicht richtig ... Der Antrag des Abgeordneten Christoph Wenaweser war dabei nicht korrekt formuliert, worauf der Regierungschef eine gemäss Intention des Landtags korrekte Formulierung vorgeschlagen hat.» Jeder, der im Landtag zugehört hat, weiss, dass dies so nicht stimmt. Richtig ist, dass der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser keine Antragsformulierung eingebracht hat, sondern den Regierungschef darum bat, eine Formulierung in Vorschlag zu bringen, welche dem Geist der Debatte entspricht. Weshalb will sich der Regierungschef nicht an die Fakten halten?

Aufgeschnappt Vom Partezwang abgelenkt

FBP-Parteipräsident Thomas Banzer und FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry wollen offenbar davon ablenken, was zwischen der kritischen Haltung von Oehry gegenüber Radio L vor der Landtagsdebatte und seinem schliesslichen Ja zum Abkommen mit der Schweiz parteiintern geschehen ist. So verweisen beide lieber darauf hin, dass das VU-Mitglied in der APK für das Abkommen gestimmt habe. Das VU-Mitglied hat jedenfalls gleich anfangs der Debatte klar gemacht, dass für ihn zum damaligen Kenntnisstand die Vorteile des Abkommens knapp überwiegt haben, dass aber am Ende einer vertieften Auseinandersetzung er zur Überzeugung gelangt ist, dass die Nachteile gewichtiger seien. Das VU-APK-Mitglied hat sich im Gegensatz zu jenen FBP-Abgeordneten, die das Abkommen stillschweigend zersägt haben, nicht vor einer offenen Kommunikation gedrückt.

Hochprozentig Stinkefinger und Kniefälle

Der DU-Abgeordnete Jürgen Beck bezeichnete die VU im Zuge ihres Absetzungs- und Verschiebungsantrags als «Ärztepartei» und auch Landtagspräsident Albert Frick sowie FBP-Präsident Thomas Banzer beklagen die Macht von Lobbyisten. Für DU-Chef Harry Quaderer ist die Ablehnung des Abkommens «ein Mittelfinger gedeutet in Richtung Bern». Bei dieser medienwirksamen Terminologie stellt sich freilich die Frage, wer alles in den Genuss kommt, solche Etikettierungen angehängt zu bekommen. Nachdem die beiden DU-Abgeordneten Herbert Elkuch und Peter Wachter das Abkommen bachab geschickt haben, besteht die DU-Fraktion offenbar aus 40 Prozent Stinkefinger-Deutern und Lobbyisten für die Ärztekammer. Und bei der FBP geht es noch hochprozentiger zu: Bei fünf Nein-Sagern und vier Befürwortern sind es hier 56 Prozent!

Frage
Ist es wahr ...
... dass die FBP ihren Gesellschaftsminister nun schon öffentlich im Landtag fragen muss, wie er es denn gerne hätte?

... dass der Gesellschaftsminister darum gebeten hat, das Abkommen mit der Schweiz abzulehnen?

... dass der FBP-Fraktionssprecher im Landtag Anträge stellt, bei denen die eigene Fraktion erst nachfragen muss, ob dies ein Antrag der Gesamtfraktion ist?

Schaaner VU-Senioren verfolgen Landtagsdebatte



Am Dienstagnachmittag nahm der Seniorenstamm der VU-Ortsgruppe Schaan an der öffentlichen Landtagssitzung teil. Hinter ihnen verfolgten auch die Siebtklässler des Liechtensteinischen Gymnasiums, die den Wahlpflichtkurs «Politische Bildung» besuchen, in Begleitung ihres Lehrers Christian Beck die Debatte zum Abkommen mit der Schweiz über den «kleinen Grenzverkehr» im ambulanten Gesundheitsbereich. **Foto: Günther Fritz**